

ALEXANDER KUSTERMANN

Konjunktursteuerung
durch
»Deficit Spending«?

Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte

Mohr Siebeck

Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte

Herausgegeben von
Albrecht Ritschl, Mathias Schmoeckel,
Frank Schorkopf und Günther Schulz

22



Alexander Kustermann

Konjunktursteuerung durch „Deficit Spending“?

Eine rechtshistorische Untersuchung
zu den ideengeschichtlichen Ursprüngen des
Stabilitätsgesetzes und der Haushaltsreform
1967–1969

Mohr Siebeck

Alexander Kustermann, geboren 1988; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bonn; 2014 Erstes juristisches Staatsexamen; Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Deutsche und Rheinische Rechtsgeschichte der Universität Bonn; 2018 Promotion; 2019 Assessorexamen im OLG Bezirk Düsseldorf.

ISBN 978-3-16-157645-4 / eISBN 978-3-16-157646-1

DOI 10.1628/978-3-16-157646-1

ISSN 2191-0014 / eISSN 2569-4251 (Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Für A. O.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn als Dissertationsschrift angenommen.

Mein größter Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Mathias Schmoeckel, der mein Interesse für die der Arbeit zugrunde liegende Thematik bereits in einem Schwerpunktseminar weckte. Weiterhin danke ich herzlich Herrn PD Dr. Boris Gehlen für die Erstellung des Zweitgutachtens sowie wertvolle thematische Hinweise. Darüber hinaus bin ich Herrn Prof. Dr. Albrecht Ritschl für die Gewährung eines Forschungsaufenthaltes an der London School of Economics and Political Science in London zu großem Dank verpflichtet. Herrn Prof. Dr. Albrecht Ritschl, Herrn Prof. Dr. Frank Schorkopf sowie Herrn Prof. Dr. Günther Schulz danke ich zudem für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte“.

Ferner danke ich insbesondere den Mitarbeitern des Instituts für Deutsche und Rheinische Rechtsgeschichte für ihre vielfältige Unterstützung, darunter vor allem Herrn PD Dr. Matthias Maetschke, Dr. Malte Becker, Pascal Förster, Dr. Gero Fuchs, Alexander Jansen, Melvin John, Sebastian Michels, Dr. Vincent Nossek sowie Philip Schopen. Außerdem danke ich ganz herzlich Johannes Jäger für viele methodische Hinweise und den regen Austausch während unserer gemeinsamen Zeit als Studenten, Doktoranden und Freunde.

Vor allem aber danke ich meiner Familie für den nötigen Rückhalt und die Unterstützung während der Anfertigung dieser Dissertationsschrift. Ihnen allen sei diese Arbeit gewidmet.

Bonn, im Dezember 2019

Alexander Kustermann

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis	XV
A. Einleitung.....	1
<i>I. Hinführung</i>	<i>1</i>
<i>II. Haushaltsverfassungsrecht als Untersuchungsgegenstand.....</i>	<i>5</i>
<i>III. Konkretisierung des Untersuchungsgegenstandes und Forschungsstand.....</i>	<i>9</i>
<i>IV. Fragestellung.....</i>	<i>14</i>
<i>V. Thesen.....</i>	<i>15</i>
<i>VI. Methodische Überlegungen und Gang der Untersuchung</i>	<i>17</i>
B. Haushaltspolitische Restriktion oder kreditfinanziertes Wachstum? Perspektiven der Debatte über die Aufgaben des Haushaltsrechts	21
<i>I. Vorbemerkungen.....</i>	<i>21</i>
<i>II. Frühe finanzpolitische Debatten im Bundestag</i>	<i>22</i>
<i>III. Entstehung und Systematik des Haushaltsverfassungsrechts des Bonner Grundgesetzes</i>	<i>24</i>
1. Begriff und Gegenstand des Haushaltsverfassungsrechts	24
2. Die Entstehung im Parlamentarischen Rat	25
a) Vorbemerkungen.....	25
b) Art. 109 GG	28

c) Art. 110 GG	29
d) Art. 111–113 GG.....	30
e) Art. 115 GG	31
3. Konjunkturpolitische Wirkungen des Haushalts?.....	33
4. Zusammenfassung	36
IV. „Keynesian Revolution“ und „Fiscal Policy“	40
1. Vorbemerkungen	40
2. Die „General Theory of Employment, Interest and Money“.....	42
3. Keynes und Keynesianismus	44
a) Vorbemerkungen.....	44
b) Das „Dritte Reich“ und Keynes.....	45
c) „New Deal“ und Keynesianismus.....	48
d) „Fiscal Policy“ und Employment Act of 1946	51
4. Zusammenfassung	53
C. Die Ära Adenauer – Diskussionen über Reformen des Haushaltsrechts 1949–1963.....	59
I. Ordnungspolitische Grundfragen – Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft	59
II. Abriss der Finanzpolitik des Bundes 1949–1963	67
III. Haushaltsverfassungsrecht und Finanzwissenschaft	69
1. Vorbemerkungen	69
2. Die juristische Perspektive.....	71
3. Die Perspektive der Finanzwissenschaft	74
a) Vorbemerkungen.....	74
b) Der Verein für Socialpolitik als Treffpunkt deutscher Keynesianer.....	74
c) Finanzwissenschaft und Keynesianismus	79
d) Frühe Kritik in Deutschland	84
4. Haushaltspolitische Restriktion trotz „neuer Lehren“?	87
5. Zusammenfassung	91
IV. Wirtschaftspolitische Forderungen der Opposition	93
V. Forderungen der Wissenschaftlichen Beiräte beim BMWi und BMF.....	96

<i>VI. Vorläufiger politischer Konsens und anhaltendes Wirtschaftswachstum</i>	98
<i>VII. Weiterentwicklung in den Ministerien</i>	99
<i>VIII. Zusammenfassung</i>	101
D. Die Kanzlerschaft Ludwig Erhards – Der Weg zur Globalsteuerung wider Willen	103
<i>I. Planung, Sachverständigenräte und Forderungen nach konjunkturpolitischer Koordination</i>	103
1. Vorbemerkungen	103
2. Expertenkultur durch Sachverständigenräte	104
3. Fehlende Koordination der Konjunkturpolitik zwischen Regierung und Bundesbank	107
4. Kompetenzstreitigkeiten zwischen BMF und BMWi	111
<i>II. Wirtschaftsplanung und Grundgesetz</i>	113
<i>III. Das Gutachten der Troeger-Kommission</i>	119
1. Vorgeschichte	119
2. Personelle Besetzung	120
3. Aufgaben und Ziele der Finanzreform	121
4. Vorschläge der Kommission	122
5. Zusammenfassung und weitere Entwicklung	124
<i>IV. Die Entwicklung der Gesetzesentwürfe bis zum Regierungswechsel</i>	125
1. Vorarbeiten zur Reform des Haushaltsrechts	125
a) Vorbereitungen der CDU.....	125
b) Kritik der SPD.....	125
2. Gesetzesentwürfe vom 11. Juli 1966.....	126
a) Vorlage an den Bundesrat und Begründung.....	126
b) Änderungen des Art. 109 GG gegenüber dem Troeger-Entwurf.....	128
c) Struktur des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität.....	128
d) Einschätzung der Wissenschaftlichen Beiräte beim BMF und BMWi	129
e) Kritik der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	131

3. Kritik der SPD und Änderungsanträge	132
4. Stellungnahme des Bundesrates	133
5. Erste Lesung im Bundestag am 14. September 1966.....	133
6. Beratungen des Entwurfs in den Ausschüssen des Bundestages.....	135
a) Vorbemerkungen.....	135
b) Zielkonflikte innerhalb des magischen Polygons.....	136
c) Der Begriff des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.....	137
d) Staatsvertragliche Regelung oder Grundgesetzänderung?.....	139
e) Parlamentarische Kontrolle	141
f) Sachverständige in den Ausschüssen.....	143
g) Zusammenfassung der Ausschussarbeiten	145
7. Die weitere Entwicklung bis zum Regierungswechsel	145
V. <i>Die Rezession 1966/67 und der Koalitionsbruch durch die FDP</i>	146
VI. <i>Zusammenfassung</i>	148
E. Der Regierungswechsel zur Großen Koalition.....	151
I. <i>Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen der „Koalition auf Zeit“</i>	151
II. <i>Wiederaufnahme der Beratungen der Entwürfe in den Ausschüssen</i>	154
1. Der BMWi-Entwurf vom 31. Januar 1967	154
2. Zielkonflikte innerhalb des magischen Dreiecks.....	155
3. Quantifizierte Darlegung der Ziele	156
4. Der Begriff des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“.....	157
5. Parlamentarische Kontrolle.....	158
6. Konsolidierung der Kredite und die Rolle der Bundesbank.....	159
7. Zusammenfassung der Ausschussarbeiten und weitere Entwicklung.....	160
III. <i>Verabschiedung in Bundestag und Bundesrat</i>	162
IV. <i>Abschluss der Haushaltsreform durch das Zwanzigste Änderungsgesetz zum Grundgesetz</i>	164
V. <i>Zusammenfassung</i>	166
F. „Aufschwung nach Maß“ und „Stagflation“ – Das StWG in der Praxis	169

G. Überprüfung der Thesen.....	175
I. Unpräzise Deutung der Ursprünge der Haushaltsreform	175
II. StWG nur der vorläufige Endpunkt eines „jahrzehntelangen Suchprozesses“	181
III. Die Große Koalition als Wegbereiter des Kompromisses in der Krise	184
H. Fazit und Ausblick.....	187
Anhang.....	203
Literaturverzeichnis.....	213
Quellenverzeichnis	243
Personenregister	247
Sachregister.....	250

Abkürzungsverzeichnis

Aufgeführt sind nur weniger gebräuchliche Abkürzungen. Im Übrigen wird verwiesen auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 9. Auflage, Berlin 2018.

AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
BArch	Bundesarchiv
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BBank	Deutsche Bundesbank
BBankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BHO	Bundshaushaltsordnung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BSP	Bruttosozialprodukt
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CEA	Council of Economic Advisers
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DM	Deutsche Mark
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DöH	Der öffentliche Haushalt
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
ERP	European Recovery Program
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei
HGrG	Haushaltsgrundsatzgesetz
JZ	Juristenzeitung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
ParlA	Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages
RGBI.	Reichsgesetzblatt

RHO	Reichshaushaltsordnung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StWG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
SVRG	Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
U.S.C.	Code of Laws of the United States of America
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Staatsrechtslehrer
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZRG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

„I have always regarded it as a tragedy – for Britain and the world – that Keynes’s life was cut so short. He was the only person in post-war Britain who had the prestige, the intellectual force, and the persuasive power to have prevented his disciples from carrying his ideas to extremes that he would have avoided and applying them under conditions very different from those that they were constructed to explain.“¹ – *Milton Friedman*

A. Einleitung

I. Hinführung

Im Jahre 1966 wurde die Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal in ihrer jungen Geschichte von einer nennenswerten Wirtschaftskrise erfasst.² Nach gut zwanzig Jahren des zwischenzeitlich unaufhaltsam anmutenden Wirtschaftswachstums wurde der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozent in Politik, Wirtschaft und Medien gleichermaßen als schwerer Schock wahrgenommen. Das baldige Scheitern der Koalition aus Union und FDP unter Bundeskanzler *Ludwig Erhard*³ führte zur Konstituierung der ersten Großen Koalition der Nachkriegsgeschichte aus CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler *Kurt Georg Kiesinger*⁴ am 1. Dezember 1966. Bundesminister für Wirtschaft wurde der SPD-Politiker *Karl Schiller*⁵, der als Pro-

¹ *Ebenstein*, The indispensable Milton Friedman, S. 202.

² Vgl. die eingehende Analyse dieser „reduzierten Krise“ von *Klammer*, ›Wirtschaftskrisen‹, S. 185 ff.

³ *Ludwig Erhard* (* 1897; † 1977) war von 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft und von 1963 bis 1966 Bundeskanzler. Im Jahre 1947 wurde er Honorarprofessor für Rechts- und Staatswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Exakte Daten in Bezug auf seine Mitgliedschaft in der CDU sind nicht abschließend feststellbar, vgl. *Löffler*, Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis, S. 457; *Gillessen/Eith*, Ludwig Erhard – parteiloser Berufspolitiker und gescheiterter Volkskanzler, in: Lorenz, Robert/Micus, Matthias (Hrsg.), Seiteneinsteiger, S. 390 ff.

⁴ *Kurt Georg Kiesinger* (* 1904; † 1988) war von 1958 bis 1966 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und von 1966 bis 1969 Bundeskanzler. Im Jahre 1933 wurde er NSDAP-Mitglied, nach 1945 war er Mitglied der CDU und von 1967 bis 1971 Parteivorsitzender. Er war von 1949 bis 1959 und von 1969 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages.

⁵ *Karl Schiller* (* 1911; † 1994) war ein deutscher Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer und Politiker. Er war von 1946 bis 1972 sowie erneut ab 1980 Mitglied der

fessor für Wirtschaftstheorie an der Universität Hamburg und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) ein ausgewiesener Experte für wirtschaftspolitische Fragen war. Zuvor hatte *Schiller* als Bundestagsabgeordneter bereits aus der Opposition die Bestrebungen der Vorgängerregierungen, ein Gesetz zur Stabilisierung der Wirtschaft zu erlassen, verfolgt. Mit dem Regierungswechsel Ende des Jahres 1966 eröffnete sich für die Sozialdemokraten damit die Möglichkeit, der jahrelang diskutierten Reform des Haushaltsrechts eine eigene finanzpolitische Prägung zu verleihen. Zentrales Element war für die Vertreter der SPD die Ermöglichung einer konjunkturgerechten⁶ Steuerung der Gesamtwirtschaft, der sog. „Globalsteuerung“⁷. Diese Form der gelenkten Wirtschaftspolitik wurde später auch als „Synthese von *Eucken*⁸ und *Keynes*⁹“ gedeutet.¹⁰

John Maynard Keynes gilt als der bedeutendste Nationalökonom der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sein einflussreichstes Werk ist die „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“¹¹ (englisch: „The General Theory of Employment, Interest and Money“) aus dem Jahre 1936.

SPD, zuvor der NSDAP. Seit 1947 war er Professor für Wirtschaftstheorie an der Universität Hamburg, von 1948 bis 1994 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim BMWi sowie von 1965 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages. Am 1. Dezember 1966 wurde er Bundesminister für Wirtschaft. Nach dem Rücktritt des Bundesministers der Finanzen *Alex Möller* am 13. Mai 1971 wurde *Schiller* zum Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen ernannt. Von diesem Amt trat er am 7. Juli 1972 zurück und schied damit aus der Bundesregierung aus.

⁶ Vgl. grundlegend zum Konjunkturphänomen *Streit*, Konjunktur: Ein Phänomen zwischen Realität und Fiktion, ORDO 2014, S. 379 ff.; vgl. ferner auch *Spree*, Konjunktur, in: Ambrosius, Gerold/Petzina, Dietmar/Plumpe, Werner (Hrsg.), Moderne Wirtschaftsgeschichte, 2. Auflage, S. 185 ff.

⁷ Vgl. grundlegend *Welsch*, Globalsteuerung in der Bundesrepublik Deutschland; *Starbatty*, Theorie und Praxis der Globalsteuerung; *H. Hollmann*, Rechtsstaatliche Kontrolle der Globalsteuerung.

⁸ *Walter Eucken* (* 1891; † 1950) studierte Geschichte, Staatswissenschaften, Nationalökonomie und Rechtswissenschaften und wurde er im Jahre 1913 an der Universität Bonn zum Dr. phil. promoviert. Nach der Habilitation an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin im Jahre 1921 wurde er 1925 auf einen Lehrstuhl an der Universität Tübingen als Nachfolger *Erwin von Beckeraths* berufen. Ab dem Jahre 1927 war er Ordinarius an der Universität Freiburg im Breisgau. Im Jahre 1949 wurde er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft. Er gilt als Mitbegründer der Freiburger Schule des Ordoliberalismus.

⁹ *John Maynard Keynes* (* 1883; † 1946) war ein britischer Ökonom und Politikberater. Er war Dozent am King's College in Cambridge sowie Berater des India Office, des britischen Schatzministeriums und Direktoriumsmitglied der Bank of England. Von 1911 bis 1945 war er zudem Herausgeber des *Economic Journal*.

¹⁰ So bereits *Schiller*, Vortrag gehalten im Schweizerischen Institut für Auslandsforschung in Zürich am 6. Februar 1967, in: BMWi-Texte, Reden zur Wirtschaftspolitik, Band 1, S. 41 (49); später *Schlecht*, Macht und Ohnmacht der Ordnungspolitik – Eine Bilanz nach 40 Jahren Sozialer Marktwirtschaft, ORDO 1989, S. 303 (313); vgl. insoweit auch Kapitel G. Fn. 7.

¹¹ *Keynes*, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes.

Stark vereinfacht ausgedrückt forderte *Keynes* darin angesichts der zerstörerischen Kraft der kurz zuvor erlebten Weltwirtschaftskrise vor allem eine Abkehr von der liberalistischen Praxis des sog. „Laissez-faire“, welche bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs das wirtschaftspolitische Leitbild der meisten großen Wirtschaftsnationen der westlichen Welt gewesen war.¹² Stattdessen sah *Keynes*, wiederum stark vereinfacht ausgedrückt, im Falle einer wirtschaftlichen Depression unter bestimmten Umständen die Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Pflicht, durch konjunkturgerechte Maßnahmen zur Stabilisierung der Gesamtwirtschaft beizutragen. Obwohl kreditfinanzierte Investitionen insoweit nur eine unter mehreren Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik darstellen, sind gerade diese als sog. „Deficit Spending“ später besonders prominent geworden.¹³

Das Haushaltsverfassungsrecht des Bonner Grundgesetzes von 1949 hatte kreditfinanzierte finanzpolitische Maßnahmen nur in engen Grenzen vorgesehen. Der Bundshaushalt war gemäß Art. 109 GG getrennt von den Haushalten der Länder zu führen und gemäß Art. 110 GG insbesondere jährlich und ausgeglichen aufzustellen.¹⁴ Kredite durften gemäß Art. 115 GG „nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken und nur auf Grund eines Bundesgesetzes beschafft werden“. Dem Bundshaushalt wurde keine konjunktursteuernde Funktion zugeschrieben, ausdrückliche Ausnahmetatbestände für ökonomische Krisensituationen existierten nicht.

An dieser Stelle betrat die Haushaltsreform 1967–1969 gesetzgeberisches Neuland. Durch das Fünfzehnte Änderungsgesetz zum Grundgesetz¹⁵ vom 8. Juni 1967 wurden Bund und Länder gemäß Art. 109 Abs. 2 GG n. F.¹⁶ nunmehr verpflichtet, „bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen“. Diese Vorgabe korrespondiert mit § 1 S. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des

¹² Vgl. zum Liberalismus etwa *Boelcke*, Liberalismus, in: Albers, Willi (Hrsg.), Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, S. 32 (44); aufgrund begrifflicher Unklarheiten ist diese Zuordnung jedoch nicht unproblematisch, vgl. *M. Schmoekel*, „Gründerkrise“ und „Grosse Depression“, Zur notwendigen Revision einer Geschichtsdeutung, ZRG, Germanistische Abteilung 2015, S. 251 (312 ff.).

¹³ Kritisch *N. Reuter*, „Antizyklische Fiskalpolitik“ und „deficit spending“ als Kern des Keynesianismus?, *Wirtschaft und Gesellschaft* 2004, S. 325 ff.

¹⁴ Zahlreiche Einzelheiten waren jedoch praktisch seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes außerordentlich umstritten, vgl. zum Überblick nur *Neumark*, Grundsätze und Arten der Haushaltsführung und Finanzbedarfsdeckung, in: Gerloff, Wilhelm (Hrsg.), *Handbuch der Finanzwissenschaft – Erster Band*, 2. Auflage, 1952, S. 606 (616 f.).

¹⁵ Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 8. Juni 1967, BGBl. I, S. 581.

¹⁶ Sofern in dieser Untersuchung nicht anders gekennzeichnet, bezieht sich der Zusatz GG n. F. jeweils auf die durch die Haushaltsreform 1967–1969 novellierten Normen.

Wachstums der Wirtschaft (StWG)¹⁷, demzufolge Bund und Länder „bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten“ haben.¹⁸ Gemäß § 1 S. 2 StWG sind die Maßnahmen „so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“. Diese wirtschaftspolitischen Zielvorgaben wurden als sog. „magisches Viereck“¹⁹ bekannt.

Den Abschluss der Reform des Haushaltsrechts von 1967–1969 bildet das Zwanzigste Änderungsgesetz zum Grundgesetz²⁰ vom 12. Mai 1969. Fortan regelte Art. 115 GG n. F. unter anderem, dass die Einnahmen aus Krediten „die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten“ durften; Ausnahmen davon waren „nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“. Durch die Anwendung „moderner technischer Hilfsmittel“ sollte der „Gesamtbereich des öffentlichen Haushaltswesens im Sinne neuzeitlicher Anforderungen“ ausgestaltet werden.²¹

Die zwischen 1967 und 1969 novellierten Art. 109 und 115 GG stellten fortan die wichtigsten verfassungsrechtlichen Einfallstore für die Kreditfinanzierung durch den Bund dar.²² Der normative Aussagegehalt der Verpflichtung von Art. 109 Abs. 2 GG n. F., den „Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ Rechnung zu tragen, war von Anfang an besonders umstritten.²³ Außerdem sah Art. 109 Abs. 3 GG n. F. eine Aufstellung von Grundsätzen „für eine konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung“ durch ein Bundesgesetz vor. Bei diesem Bun-

¹⁷ Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967, BGBl. I, S. 582; im Einklang mit der überwiegenden Literatur wird im Folgenden die Abkürzung StWG verwendet.

¹⁸ Vgl. ausführlich zum Begriff des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ aus juristischer Sicht nur *Heun*, Staatshaushalt und Staatsleitung, S. 118–147.

¹⁹ Allgemein, ohne Benennung einer konkreten Anzahl von Zielen, auch magisches Polygon genannt, vgl. grundlegend *Wimmer*, Wirtschaftspolitische Ziele im Wandel.

²⁰ Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969, BGBl. I, S. 357.

²¹ Vgl. die „Gesetzentwürfe zur Haushaltsreform nebst Begründung“ vom 21. Juni 1968, BT-Drs. V/3040, S. 32, Tz. 7 ff.

²² *Höfling*, Staatsschuldenrecht, S. 150. Durch die im Jahre 2011 für den Bund installierte sog. „Schuldenbremse“ wurde diese Systematik umgestaltet, vgl. etwa *Goworek/Sellerling*, Schuldenregeln in Deutschland, in: Gatzert, Werner/Schweisfurth, Tilmann (Hrsg.), Öffentliche Finanzwirtschaft in der Staatspraxis, S. 221 (224 ff.).

²³ Vgl. statt vieler die umfangreichen Nachweise bei *Höfling*, Staatsschuldenrecht, S. 239 ff.; *Gröpl*, Haushaltsrecht und Reform, S. 34 ff.; *G. Kirchof*, Die Allgemeinheit des Gesetzes, S. 579 ff.

desgesetz handelt es sich um das StWG, welches ebenfalls am 8. Juni 1967 in Kraft trat.

Das StWG wurde mit zahlreichen Instrumenten zur Belebung und Stabilisierung der Konjunktur ausgestattet.²⁴ Das Rangverhältnis und die Justiziabilität der Ziele des „magischen Vierecks“ waren in der Folge Gegenstand intensiver Diskussionen in der juristischen Literatur. Schon der Begriff „magisch“ suggeriert, was heute jedenfalls in der Volkswirtschaftslehre als herrschend betrachtet werden kann: Die gleichzeitige Verwirklichung dieser Ziele gilt als schwierig oder nahezu unmöglich.²⁵

Im zeitgenössischen politischen Diskurs in Deutschland wurde das Stabilitätsgesetz bald als „Magna Charta der Konjunkturpolitik“²⁶, „New Deal der Wirtschafts- und Finanzpolitik“²⁷ und „prozesspolitisches Grundgesetz“²⁸ der Wirtschaft zur Begründung einer „aufgeklärten Marktwirtschaft“²⁹ identifiziert, es formierten sich aber auch Gegenstimmen, die ein „wirtschaftliches Ermächtigungsgesetz“³⁰ befürchteten, das die Spielregeln des Marktes außer Kraft zu setzen drohe.³¹

II. Haushaltsverfassungsrecht als Untersuchungsgegenstand

Im Hinblick auf die Umgestaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften des Bonner Grundgesetzes von 1949 ist diese Reform als profunder Eingriff in das Konzept der Schuldenaufnahme des Grundgesetzes und damit auch als entscheidende Weichenstellung für die Haushaltspolitik der nachfolgenden Bundesregierungen insgesamt zu verstehen.³²

²⁴ Vgl. im Einzelnen *Stern/Münch/Hansmeyer*, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, 2. Auflage; *Möller*, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, 2. Auflage; *R. Schmidt*, Wirtschaftspolitik und Verfassung, S. 180 ff.; vgl. aus ökonomischer Perspektive instruktiv *Golla*, Konjunkturpolitik und Krisenüberwindung in der Rezession 1966/67, S. 176 ff.

²⁵ Vgl. bereits *Hennies*, Das nicht so magische Polygon der Wirtschaftspolitik; vgl. auch *Bofinger*, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 3. Auflage, S. 274; *Weimar/Schimikowski*, Grundzüge des Wirtschaftsrechts, 2. Auflage, Rn. 466; *Nörr*, Die Republik der Wirtschaft II, S. 95; *H. Hollmann*, Rechtsstaatliche Kontrolle der Globalsteuerung, S. 67 f.

²⁶ *Neumark*, Ein neuer Kommentar zum Stabilitätsgesetz, Finanzarchiv 1969, S. 321.

²⁷ *Stern*, Grundfragen der globalen Wirtschaftssteuerung, S. 7 f.

²⁸ *Schiller*, Konjunkturpolitik auf dem Wege zu einer Affluent Society, S. 66.

²⁹ *Schiller*, Konjunkturpolitik auf dem Wege zu einer Affluent Society, S. 9.

³⁰ So der Wirtschaftsjournalist und spätere Bundesbankpräsident *Karl Otto Pöhl*, zit. nach *Nützenadel*, Stunde der Ökonomen, S. 308.

³¹ *Nützenadel*, Stunde der Ökonomen, S. 308.

³² Vgl. exemplarisch *Goworek/Sellerling*, Schuldenregeln in Deutschland, in: *Gatzer, Werner/Schweisfurth, Tilmann* (Hrsg.), Öffentliche Finanzwirtschaft in der Staatspraxis,

Das Haushaltsverfassungsrecht des Bonner Grundgesetzes war nicht zuletzt aufgrund der desaströsen wirtschaftlichen Entwicklungen der Zwischenkriegszeit vergleichsweise restriktiv ausgestaltet. Daneben regelte die Reichshaushaltsordnung (RHO)³³ das Haushaltsrecht auf einfachgesetzlicher Ebene. Der Staatsverschuldung wohnt das grundsätzliche Problem inne, dass die Staatsausgaben vorrangig aus Steuereinnahmen zu finanzieren sind.³⁴ Damit ergibt sich ein gestuftes Verhältnis: Primäre Einnahmequelle des Staates ist die Steuer, die Kreditfinanzierung ist dazu nur subsidiär.³⁵

Das Bonner Grundgesetz von 1949 versuchte dieser Problematik mit den Begriffen des „außerordentlichen Bedarfs“ und der „werbenden Zwecke“ in Art. 115 GG a. F. Rechnung zu tragen. Diesen Begriffen lag die Vorstellung zugrunde, dass kreditfinanzierte und damit zukünftige Generationen belastende Ausgaben für die Zukunft jedenfalls einen Nutzen versprechen sollten.³⁶ Das Gebot des ausgeglichenen Haushalts aus Art. 110 GG wurde in der frühen Bundesrepublik zumindest innerhalb der juristischen Diskussion mehrheitlich noch als Gebot eines sog. „materiellen Haushaltsausgleichs“³⁷ verstanden. Diese Lesart bedeutete ein prinzipielles Verbot einer kreditfinanzierten Deckung des ordentlichen Haushalts, welches jedoch de facto durch zahlreiche haushaltspolitische Maßnahmen unterlaufen werden konnte, was zur Haushaltssicherung vereinzelt auch geschah.³⁸ Dennoch war den frühen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland die Vorstellung, Wirtschaftswachstum in größerem Maße durch Kreditmittel zu finanzieren, insgesamt eher unbehaglich.³⁹ Das stetige und anhaltende Wachstum der Gesamtwirt-

S. 221 (224 ff.); zur Entwicklung der öffentlichen Verschuldung vgl. nur *Ullmann*, Das Abgleiten in den Schuldenstaat, S. 22 ff.

³³ Reichshaushaltsordnung vom 31. Dezember 1922 in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 1930, RGBl. II, S. 17.

³⁴ *Isensee*, Schuldenbarriere für Legislative und Exekutive, in: *Wendt, Rudolf* (Hrsg.), Staat, Wirtschaft, Steuern, S. 705 (706); vgl. auch detailliert und mit zahlreichen Nachweisen *Pünder*, in: *Isensee, Josef/Kirchhof, Paul* (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band V, 3. Auflage, § 123 Rn. 54 ff.

³⁵ Vgl. systematisch *Jahndorf*, Grundlagen der Staatsfinanzierung durch Kredite und alternative Finanzierungsformen im Finanzverfassungs- und Europarecht, S. 85.

³⁶ Vgl. *Jahndorf*, Grundlagen der Staatsfinanzierung durch Kredite und alternative Finanzierungsformen im Finanzverfassungs- und Europarecht, S. 142 f.; *P. Kirchhof*, Grenzen der Staatsverschuldung im Rechtsstaat, in: *von Arnim, Hans Herbert/Littmann, Konrad* (Hrsg.), Finanzpolitik im Umbruch, S. 271 (274 f.); gleichwohl wurde der Begriff des „werbenden Zwecks“ in den 1950er Jahren verwässert, vgl. *Vialon*, Haushaltsrecht, 2. Auflage, Art. 115, Anm. 8.

³⁷ Vgl. zur Entstehung Kapitel B. II. 2. c) und zur Diskussion Kapitel C. III. 4.

³⁸ Vgl. zur Systematik nur *Dreißig*, Probleme des Haushaltsausgleichs, in: *Haller, Heinz* (Hrsg.), Probleme der Haushalts- und Finanzplanung, S. 9 ff.; vgl. zur kreditpolitischen Praxis der Regierungen *Adenauer* Kapitel C. II.

³⁹ *Mußgug*, Die Staatsverschuldung und das demokratische Prinzip der Herrschaft auf Zeit, in: *Lingelbach, Gerhard* (Hrsg.), Staatsfinanzen – Staatsverschuldung – Staatsbankrotte in der europäischen Staaten- und Rechtsgeschichte, S. 251 (255 f.).

schaft in den 1950er Jahren erforderte solche finanzpolitischen Eingriffe ohnehin kaum.⁴⁰

Demgegenüber führte die Novellierung von Art. 115 GG im Jahre 1969 die sog. „goldene Regel“ der Finanzpolitik ein, wonach die Kreditaufnahme zunächst durch die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen begrenzt wurde, zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts jedoch auch darüber hinaus eine Kreditaufnahme zulässig war. Je größer diese Störung ausfallen sollte, desto großzügiger sei die zulässige Kreditaufnahme zu bemessen, weshalb vereinzelt vertreten wurde, dass der Begriff „schrittweise für den Einzelfall unter Einbeziehung außerrechtlicher Kriterien“ zu bestimmen sei.⁴¹ Daran anschließend ist die Justiziabilität der Art. 109 ff. GG insgesamt in Frage gestellt worden.⁴²

Nachfolgende Regierungen machten von dieser Ermächtigung zur erleichterten Kreditaufnahme in unterschiedlichem Maße Gebrauch.⁴³ Das Bundesverfassungsgericht musste sich zweimal – im Jahre 1989 sowie im Jahre 2007, jeweils im Rahmen von Normenkontrollverfahren zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Haushaltsgesetze 1981 bzw. 2004 – mit der Direktionskraft des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ beschäftigen.

In seiner ersten diesbezüglichen Entscheidung aus dem Jahre 1989 verstand das BVerfG das „gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht“ als unbestimmten Verfassungsbegriff, der einen „in die Zeit hinein offenen Vorbehalt für die Aufnahme neuer, gesicherter Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften als zuständiger Fachdisziplin“ enthalte.⁴⁴ Der Haushaltsreform 1967–1969 habe die Erkenntnis zugrunde gelegen, dass die Haushalts- und Finanzpolitik einer antizyklischen Steuerung der Konjunktur dienen müsse; diese Erkenntnis beruhe ihrerseits auf „der ökonomischen Theorie von J.M. Keynes“.⁴⁵ In Ermangelung „gesicherte[r] abweichende[r] Erkenntnisse“ in den Wirtschaftswissenschaften müsse auch 20 Jahre nach Abschluss der Reform zur Konkretisierung des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ weiterhin auf die Teilziele des § 1 S. 2 StWG zurückgegriffen werden.⁴⁶ Eine volle Überprüfbarkeit durch das Gericht, ob die von der Bundesregierung ergriffenen

⁴⁰ Gleichwohl wurde vereinzelt auf solche Maßnahmen zurückgegriffen, vgl. im Einzelnen *H. Berger*, Konjunkturpolitik im Wirtschaftswunder, S. 28 ff.

⁴¹ *Janson*, Begrenzung der Staatsverschuldung durch Art. 115 GG – Wende in der Haushaltspolitik durch das BVerfG?, ZRP 1983, S. 139 (143); vgl. zum Ganzen auch *H. Hollmann*, Rechtsstaatliche Kontrolle der Globalsteuerung.

⁴² Vgl. etwa *Vogel*, Finanzverfassung und politisches Ermessen, S. 5 ff.

⁴³ Vgl. etwa *Höfling*, Verfassungsfragen einer kreditfinanzierten Konjunkturpolitik, in: Rhein, Kay-Uwe/Peter, Jörg (Hrsg.), *Wirtschaft und Recht*, S. 9 (33); *Stern*, Bleibende Koordinaten des Rechtsstaats in bezug auf die Finanzverfassung, in: Hilterhaus, Friedhelm/Scholz, Rupert (Hrsg.), *Rechtsstaat – Finanzverfassung – Globalisierung*, S. 105 (110).

⁴⁴ BVerfG, Urteil vom 18.4.1989 – 2 BvF 1/82, BVerfGE 79, 311, Rn. 81.

⁴⁵ BVerfGE 79, 311, Rn. 60.

⁴⁶ BVerfGE 79, 311, Rn. 81 f.

Maßnahmen zur Abwehr einer Störung des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ geeignet waren, sei aber ausgeschlossen. Der Bundesregierung komme insoweit ein lediglich eingeschränkt überprüfbarer Bewertungsspielraum zu, den sie darzulegen und politisch zu verantworten habe.⁴⁷ Die Einschätzung der Bundesregierung müsse frei von Willkür und „aufgrund der vorliegenden wirtschaftlichen Daten [...] und der Auffassungen in Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft nachvollziehbar und vertretbar erscheinen“.⁴⁸

In der zweiten Entscheidung aus dem Jahre 2007 bestätigte das BVerfG diesen Prüfungsmaßstab und konkretisierte die Auslegung der Kreditbegrenzungsregeln: Art. 115 Abs. 1 S. 2 GG müsse „in seinem Gesamtzusammenhang mit der demokratisch-parlamentarischen, rechts- und sozialstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes und insbesondere in seinem engen Sachzusammenhang mit Art. 109 Abs. 2 GG verstanden werden“. Dieser Sachzusammenhang sei geprägt „durch die Ziele der Finanz- und Haushaltsreform der Jahre 1967 und 1969, wonach die Regelungen zur staatlichen Haushaltswirtschaft allgemein und insbesondere auch zur Schuldenpolitik entsprechend der ökonomischen Bedeutung staatlicher Finanz- und Haushaltspolitik für die Gesamtwirtschaft umgestaltet werden sollten“. Die Haushaltsreform 1967–1969 habe sich „an den Lehren J. M. Keynes' zur antizyklischen Steuerung mittelfristiger Konjunkturverläufe“ orientiert.⁴⁹

Das BVerfG räumte gleichwohl ein, dass insbesondere Vertreter des sog. Monetarismus die permanente Politik expansiver fiskalpolitischer Maßnahmen bereits kurz nach der Haushaltsreform vehement kritisierten.⁵⁰ Es obliege aber dem Gesetzgeber, „die verfassungsgesetzlichen Instrumente der Haushalts- und Finanzpolitik im Hinblick auf neue wissenschaftliche Annahmen zu verändern“ und die „weithin unbestimmten verfassungsrechtlichen Vorgaben“ zu konkretisieren, was sich auch aus Art. 115 Abs. 1 S. 3 GG ergebe.⁵¹ Angesichts einer hohen Arbeitslosigkeit und eines niedrigen Wirtschaftswachstums habe die Bundesregierung ausreichende Indizien für eine konjunkturelle Störungslage dargetan.⁵² Das BVerfG nimmt damit in Bezug

⁴⁷ BVerfGE 79, 311, Rn. 81; vgl. kritisch bezüglich der Eignung dieses Maßstabs zur Begrenzung der Verschuldung *Höfling*, Staatsschuldenrecht, S. 297 f.; *Höfling/Rixen*, in: Kahl, Wolfgang/Waldhoff, Christian/Walter, Christian (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, 106. Aktualisierung Juli 2003, Art. 115 Rn. 91, 333 ff.

⁴⁸ BVerfGE 79, 311, Rn. 93.

⁴⁹ BVerfG, Urteil vom 9.7.2007 – 2 BvF 1/04, BVerfGE 119, 96, Rn. 123.

⁵⁰ Vgl. zur monetaristischen Kritik *Spahn*, Wie der Monetarismus nach Deutschland kam, in: Hagemann, Harald (Hrsg.), German influences on American economic thought and American influences on German economic thought, S. 401 ff.; *Neck*, Staatsverschuldung aus politisch-ökonomischer Sicht, in: Genser, Bernd (Hrsg.), Haushaltspolitik und öffentliche Verschuldung, S. 95 (98 ff.).

⁵¹ BVerfGE 119, 96, Rn. 127.

⁵² BVerfGE 119, 96, Rn. 149 ff.

auf die Verfassungsmäßigkeit des Bundeshaushalts lediglich eine Ergebnis- kontrolle vor.⁵³ Dieser abgeschwächte Maßstab soll der haushaltspolitischen Verantwortung der Bundesregierung und des Parlaments insgesamt Rechnung tragen.⁵⁴

III. Konkretisierung des Untersuchungsgegenstandes und Forschungsstand

Angesichts einer gegenwärtigen Verschuldung der öffentlichen Haushalte i. H. v. rund zwei Billionen Euro⁵⁵ und jüngster Rettungsmaßnahmen innerhalb der Euro-Zone in Milliardenhöhe⁵⁶ sind Diskussionen bzgl. Höhe, Begrenzung und Mittel der Staatsverschuldung in den letzten Jahren wieder in den Mittelpunkt gerückt.⁵⁷

Die Bewertung der Frage nach einer vertretbaren Höhe der Staatsverschuldung hat in Deutschland im Laufe der letzten Jahrzehnte einen erstaunlichen Wandel vollzogen: Eine kritische Haltung in Bezug auf kreditfinanziertes Wachstum bis etwa Mitte des 20. Jahrhunderts wurde von einer wohlfahrtsstaatlichen Orientierung der Staatsausgaben seit den späten 1960er Jahren abgelöst.⁵⁸ Bis in die späten 1950er Jahre kam der Finanzpolitik nach zunächst noch überwiegender Auffassung vornehmlich die Aufgabe zu, die Einnahmen zur Finanzierung der Aufgaben der öffentlichen Hand bereitzustellen, bevor zu dieser allokatonspolitischen Funktion eine stabilitätspoliti-

⁵³ Vgl. kritisch dazu etwa *Neidhardt*, Staatsverschuldung und Verfassung, S. 181 f.; vgl. insbesondere auch die Sondervoten der Richter *Di Fabio*, *Mellinghoff* und *Landau*, BVerfGE 119, 96, Rn. 161 ff.

⁵⁴ Vgl. zum Ganzen nur *Bickenbach*, Die Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers, S. 124 ff.

⁵⁵ Hierbei ist auch zu beachten, dass die zu erwartende sog. „implizite Verschuldung“ durch Pensionen etc. noch gar nicht einberechnet ist, vgl. zu dieser Problematik etwa *Deubel*, Pensionsfonds der Länder und Schuldenbremse, Wirtschaftsdienst Juli 2017, S. 513 ff.

⁵⁶ Vgl. im Einzelnen nur die anschauliche Kritik bei *Caesar*, Wirksame Grenzen für die Staatsverschuldung – eine Illusion?, Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften 2010, S. 21 ff.

⁵⁷ Vereinzelt Erfolge der Konsolidierung sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese in erster Linie auf ein historisch niedriges Zinsniveau zurückzuführen sind, vgl. nur *Börschen*, Staatsverschuldung, 5. Auflage, S. 60.

⁵⁸ Vgl. *Caesar*, Wirksame Grenzen für die Staatsverschuldung – eine Illusion?, Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften 2010, S. 21 ff. (23 f.); *Dreißig*, Ausgewählte Fragen zur öffentlichen Verschuldung, Finanzarchiv 1984, S. 577; *Koetz*, Optimale Staatsverschuldung; vgl. auch die – in ihren Prognosen geradezu prophetisch anmutende – Darstellung der Dogmengeschichte bei *Hansmeyer* aus dem Jahre 1957, *Hansmeyer*, Der Weg zum Wohlfahrtsstaat; vgl. zur Perspektive aus dem Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit *Hirsch*, Parlament und Verwaltung, Band 2, S. 163 ff.; *Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft*, Kriterien und Konsequenzen der Staatsverschuldung, in: Recktenwald, Horst Claus (Hrsg.), Finanzpolitik, S. 425 ff.

sche Funktion hinzutrat.⁵⁹ Im Ergebnis wird daher von einer „Enttabuisierung der öffentlichen Verschuldung“ seit den späten 1960er Jahren gesprochen.⁶⁰ Erst im Anschluss an die 1970er Jahre entwickelte sich eine breitere Diskussion über mögliche Grenzen der Staatsverschuldung.⁶¹ Gegenwärtig lässt sich in Bezug auf die Frage nach einer vertretbaren Höhe der Staatsverschuldung innerhalb der europäischen Währungsunion eine Polarisierung zwischen Austeritäts- und Investitionspolitik beobachten.⁶²

Neben der dargestellten Rechtsprechung hat auch die jüngere juristische Literatur bezüglich der gesetzgeberischen Motivation der Haushaltsreform 1967–1969 häufig auf die konsequente Umsetzung der Lehre von *John Maynard Keynes* hingewiesen,⁶³ teilweise mit pauschalem Hinweis auf dessen „General Theory“ aus dem Jahre 1936.⁶⁴

⁵⁹ Ullmann, Das Abgleiten in den Schuldenstaat, S. 48.

⁶⁰ Vgl. detailliert *Caesar*, Öffentliche Verschuldung in Deutschland seit der Weltwirtschaftskrise, in: *Caesar, Rolf/Petzina, Dietmar* (Hrsg.), Probleme der Finanzgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, S. 9 ff.

⁶¹ Vgl. exemplarisch die Verhandlungen auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vom 13.–15. September 1982 in Köln, in: *Hansmeyer*, Staatsfinanzierung im Wandel, insb. S. 311–431; *Brenner/Haury/Lipp*, Staatsverschuldung und Verfassung: Bestandsaufnahme und Neubesinnung, Finanzarchiv 1980, S. 236 ff.; *Dreißig*, Zur neueren Diskussion über die Staatsverschuldung, Finanzarchiv 1981, S. 344 ff.; vgl. auch *Bundesministerium der Finanzen*, Aufgaben und Ziele einer neuen Finanzpolitik – Grenzen staatlicher Verschuldung.

⁶² Vgl. etwa *O. Landmann*, Euro, Makro und die Eurokrise, in: *Hagemann, Harald; Kromphardt, Jürgen/Marterbauer, Markus* (Hrsg.), *Keynes, Geld und Finanzen*, S. 87 ff.

⁶³ Vgl. ohne Anspruch auf Vollständigkeit: *Gröpl*, Haushaltsrecht und Reform, S. 34; *G. Kirchhof*, Debt Limits in Constitutional Law: The ‘Debt Brake’, in: *Ringe, Wolf-Georg/Huber, Peter M./Ackermann, Thomas* (Hrsg.), *Legal challenges in the global financial crisis*, S. 53 (55; 60); *Kube*, in: *Maunz, Theodor/Dürig, Günter* (Hrsg.), *Grundgesetz Kommentar*, 62. Lfg. Mai 2011, Art. 109 Rn. 101; *Kirchner*, „Das Öffentliche Recht als Gegenstand ökonomischer Forschung“ – die Begegnung der deutschen Staatsrechtslehre mit der Konstitutionellen Politischen Ökonomie – Konferenzergebnisse, in: *Engel, Christoph* (Hrsg.), *Öffentliches Recht als ein Gegenstand ökonomischer Forschung*, S. 315 (321); *G. Kirchhof*, in: *von Mangoldt, Hermann/Klein, Friedrich/Starck, Christian* (Hrsg.), *Kommentar zum Grundgesetz*, Band 3, 7. Auflage, Art. 109 Rn. 36; *Heun*, in: *Dreier, Horst* (Hrsg.), *Grundgesetz Kommentar*, Band III, 3. Auflage, Art. 109 Rn. 27; *Siekmann*, in: *Sachs, Michael* (Hrsg.), *Grundgesetz*, 8. Auflage, Art. 109 Rn. 36; *Hopfauf*, in: *Schmidt-Bleibtreu, Bruno/Hoffmann, Hans/Hopfauf, Axel* (Hrsg.), *Kommentar zum Grundgesetz*, 11. Auflage, Art. 109 Rn. 1 a; differenzierend bzgl. der Zusammenhänge zwischen *Keynes* und Keynesianismus dagegen *Rodi*, in: *Kahl, Wolfgang/Waldhoff, Christian/Walter, Christian* (Hrsg.), *Bonner Kommentar zum Grundgesetz*, 114. Aktualisierung Nov. 2004, Art. 109 Rn. 15 ff., 50 ff.; *Korioth*, Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, S. 202; *Höfling/Rixen*, in: *Kahl, Wolfgang/Waldhoff, Christian/Walter, Christian* (Hrsg.), *Bonner Kommentar zum Grundgesetz*, 106. Aktualisierung Juli 2003, Art. 115 Rn. 25 ff.; *Tappe*, Kreditbegrenzungsregeln im Bundesstaat, in: *Junkernheinrich, Martin/Korioth, Stefan/Lenk, Thomas/Scheller, Henrik/Woisin, Matthias* (Hrsg.), *Jahrbuch für öffentliche Finanzen* 2009, S. 417 (420).

⁶⁴ Vgl. *Pinder*, in: *Friauf, Karl Heinrich/Höfling, Wolfram*, *Berliner Kommentar zum Grundgesetz*, 30. Erg.-Lfg. VII/10, Art. 115, Rn. 27; *Pinder*, in: *Isensee, Josef/Kirchhof*,

Personenregister

- Adenauer, Konrad 6, 15 ff., 20 f., 23 f.,
29, 39, 67, 92, 94 f., 98 f., 101 f.,
104 f., 151, 175, 182, 193
- Arndt, Klaus Dieter 161
- Baade, Fritz 20, 64, 75
- Bachof, Otto 119
- Bauer, Wilhelm 106
- von Beckerath, Erwin 2, 117
- Benda, Ernst 139
- Binder, Paul 33 f.
- Böhm, Franz 17, 61 f.
- Borchardt, Knut 46
- Brand, Peter Wilhelm 161
- Brandt, Willy 13, 173
- Brüning, Heinrich 47, 84
- Bühler, Ottmar 27
- Burgbacher, Fritz 157
- Colm, Gerhard 47
- Dahlgrün, Rolf 112
- Deist, Heinrich 94, 104
- Dreißig, Wilhelmine 199
- Eisenhower, Dwight D. 52
- Elbrächter, Alexander 161, 163
- Erhard, Ludwig (Auswahl) 1, 16 f., 20,
23 f., 59 ff., 85, 93 ff., 99, 102 ff.,
111, 113, 119, 121, 124, 126, 134 ff.,
146 ff., 152, 160, 163, 166 f., 177,
179, 182 ff., 193
- Etzel, Franz 65 f., 68, 125, 146, 185
- Eucken, Walter 2, 17, 61 ff., 114, 156,
179
- Fischer-Menshausen, Herbert 116,
120 f., 124, 128, 183, 190 f.
- Föhl, Carl 50
- Forsthoff, Ernst 190
- Friedman, Milton 1, 172, 197
- Gerloff, Wilhelm, 81 f., 114, 176
- Giersch, Herbert 106, 143
- Glaeser, Rolf 117 f.
- Gocht, Rolf 129, 137
- Greiß, Franz 59
- Hahn, Ludwig Albert 37, 84 ff., 178
- Hall, Peter A. 45
- Haller, Heinz 89 ff.
- Hansen, Alvin 55 ff., 75, 78
- Hansmeyer, Karl-Heinrich 12
- Harrod, Roy F. 40
- Hartmann, Alfred 93, 102, 120
- von Hayek, Friedrich August 55
- Hellwig, Fritz 104
- Helmert, Otto, 88
- Hettlage, Karl Maria 71 ff., 89, 120,
194 f.
- Höfling, Wolfram, 13
- Höpker-Aschoff, Hermann 26 f., 30 f.,
33, 36 ff., 181, 198
- Ipsen, Hans Peter 116
- Johnson, Lyndon B. 54 f., 177
- Kaiser, Joseph H. 116
- Kennedy, John F. 54 ff., 177
- Keynes, John Maynard (Auswahl) 1 ff.,
7 f., 10 ff., 15 f., 18 f., 24, 37, 40 ff.,
55 ff., 62 f., 74 ff., 81 ff., 84 ff., 92,
114, 124, 138, 149, 175 ff., 189,
195 f., 202
- Kiesinger, Kurt Georg 1, 15, 20, 136,
152, 160 f., 165, 169
- Klein, Friedrich 27

- Koch, Woldemar Otto 77, 117
 Kohl, Helmut 184, 189
 Korff, Hans Clausen, 165
 Kroll, Gerhard 33, 35

 Lampe, Adolf 61, 64
 Landmann, Julius 81
 Lange, Erwin 161
 Langer, Wolfram 129
 Lautenbach, Wilhelm 47
 Leijonhufvud, Axel 19, 41
 Lenz, Carl Otto 157
 Lerner, Abba 55, 75, 78
 Liefmann-Keil, Elisabeth 118, 156
 Loschelder, Wilhelm 121
 Lowe, Adolph 47
 Luda, Manfred 161
 Luhmann, Niklas 119

 Marx, Karl 40 f., 63
 Matthöfer, Hans 137, 189
 Maunz, Theodor 72
 Menne, Alexander 163 f.
 Mertes, Werner 155
 Miksch, Leonhard 61, 64, 156
 Mill, James 41 f.
 Möller, Alex 2, 13, 125 f., 161, 173,
 185 f.
 Müller-Armack, Alfred 59, 65 f., 94,
 185
 Münch, Paul 12
 Musgrave, Richard 55

 Neisser, Hans 47
 Neuburger, August 121
 Neumark, Fritz 81 f., 90 f., 105, 116 ff.,
 121, 124, 176, 182 f., 194, 197
 Nölting, Erik 23 f.
 Nörr, Knut Wolfgang 13
 Nourse, Edwin G. 52

 Opitz, Rudolf 162
 Oppenheimer, Franz 23, 47, 62

 Pöhl, Karl Otto 5
 Preiser, Erich 61

 Ravens, Karl 161
 Recktenwald, Horst Claus 117

 Reischl, Gerhard 137, 139, 157
 Rexhausen, Felix 154
 Ricardo, David 41
 Ritschl, Hans 177
 Robinson, Austin 40, 57
 Roosevelt, Franklin D. 48 ff., 55, 79 f.
 Röpke, Wilhelm 37, 47, 62 f., 84 ff.,
 178

 Samuelson, Paul 55, 75 f.
 Say, Jean-Baptiste 42
 Schacht, Hjalmar 47
 Schäffer, Fritz 22 f., 65, 68, 71, 93 f.,
 99, 120, 178
 Schiller, Karl (Auswahl) 1 f., 47, 77, 89,
 126, 132 ff., 137, 147, 152 ff.,
 158 ff., 166 f., 171 ff., 179 ff., 184 f.,
 189, 193
 Schlecht, Otto 2, 106, 116, 156, 179
 Schmidhuber, Peter 156, 161
 Schmidt, Helmut 173, 180
 Schmidt, Otto 136
 Schmitt, Carl 116
 Schmölders, Günther 61, 78 ff., 83 f.,
 86 f., 89, 91, 173, 176 f.
 von Schmoller, Gustav 46
 Schmücker, Kurt 112, 160, 179
 Schneider, Erich 75 ff., 106
 Schoettle, Erwin 119
 Schöllhorn, Johannes 160
 Scholz, Olaf 11
 Schulte, Manfred 139
 Schumpeter, Joseph 55, 75, 81
 Senf, Paul 82
 Seume, Franz 159 f.
 Sievert, Olaf 106, 149
 Speer, Albert 72
 Spiethoff, Arthur 46
 Staratzke, Hans-Werner 159
 Starke, Heinz 120
 Stein, Herbert 50, 56
 Stern, Klaus 12, 116, 191
 Strauß, Franz Josef 153 f., 160 f., 166 f.,
 170, 184
 Streit, Manfred E. 106
 Strickrodt, Georg 28, 86
 Stützel, Wolfgang 143

 Terhalle, Fritz 176

- Thoma, Richard 38
Tietmeyer, Hans 106, 179
Tobin, James 55
Troeger, Heinrich 108 ff., 113, 119,
121, 124 ff., 176 f., 182 ff.
Truman, Harry S. 51 f., 55, 80

Vialon, Friedrich Karl 71 ff., 87 f., 91,
117, 200 f.
Vocke, Wilhelm 94, 110

Wagemann, Ernst 46 f.
Wagner, Adolph 46 f., 66
Wehner, Herbert 152
Weichmann, Herbert 73, 116, 167, 185
Wessels, Theodor 61, 77 f.
Wilhelmi, Hans 162
Wobser, Erhard 88 f.
Wolff, Friedrich 33 ff.

Zinn, Georg-August 167

Sachregister

- Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft 131 f., 178
- Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, *siehe* „General Theory“
- Alliierte Besatzungsmächte 26, 30, 33 f., 60, 66
- Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 61 f., 77 f., 96
- Arbeitslosigkeit 8, 40, 42 f., 47, 51, 76 ff., 172, 178 ff., 197, 200
- Ausgleichsgebot, *siehe* Haushaltsgrundsätze
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht 4, 65, 69, 95, 105, 108, 129, 134
- Bank Deutscher Länder 69, 93 ff., 97 f., 110
- Brain-Trust 49 ff., 54, 78, 80
- Bruttoinlandsprodukt 1, 67, 79, 125, 152 f., 188 f., 202
- Bruttosozialprodukt 123, 138, 146, 171 ff.
- Bundesbank 66 ff., 100, 102, 107 ff., 121, 125, 128, 134, 144, 159 ff., 169 f., 177, 181 f., 196
- Bundshaushaltsordnung 165, 171
- Bundesrat 19 f., 31, 87, 94, 123, 126, 128, 133 f., 137, 139, 141 ff., 146, 149, 158 ff., 164 ff., 182, 184 f., 190, 196
- Bundestag 2, 16 f., 19 f., 22 f., 31, 87, 93 ff., 103, 105 f., 133, 135 f., 139 ff., 145 ff., 158 ff., 164 ff., 182, 184 f., 190 f., 195 f.
- Bundesverfassungsgericht 7 ff., 18, 26, 87, 185, 191 f., 196 f., 199, 201
- (BVerfGE 1, 144) 88, 199
- (BVerfGE 4, 7) 115
- (BVerfGE 4, 60) 127
- (BVerfGE 79, 311) 7 f., 196
- (BVerfGE 119, 96) 8 f., 25, 192, 196, 198
- (BVerfGE 129, 124) 201
- (BVerfGE 132, 195) 201
- (BVerfGE 135, 317) 201
- Council of Economic Advisers 50, 52, 54 ff., 104, 148
- Deckungsgrundsätze 70
- Deficit Spending 3, 15, 20, 22 ff., 40 ff., 48, 57, 82, 86 f., 102, 112, 119, 169, 176, 183, 197
- Deflationspolitik 47, 84
- „Dritte Wege“ 62, 66
- „Drittes Reich“, *siehe* Nationalsozialismus
- Employment Act of 1946 51 ff., 56, 189
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 64, 113, 127
- Finanzausgleich 25, 27, 102, 122
- Finanzplanung, mehrjährige 4, 38 f., 64, 100 f., 113, 123 f., 133, 169
- Finanzpolitik, antizyklische (Auswahl) 14 ff., 20, 47 ff., 53, 65, 68, 75, 90, 97, 100, 102, 108 f., 118 f., 123, 127 ff., 135, 144, 159, 167, 172 f., 176 f., 181 ff., 194, 196
- Finanzverfassung 25, 27, 69, 111, 119, 182, 192
- Finanzwissenschaft 8, 16, 19 f., 39, 69 ff., 74 ff., 91 f., 101, 114, 117 f., 121, 130, 166, 175 f., 181 f.
- Fiscal Policy 16, 19, 39 ff., 50 ff., 79 f., 82 ff., 91 f., 109, 176 f., 186, 197

- Fiscal Revolution 51
 Föderalismus 26, 28, 60, 132
 Frankreich 103 f., 113, 120
 Freiburger Kreise 61
 Freiburger Schule 2, 61 f.
 Friedensvertrag von Versailles 40, 45
 Functional Finance 55, 80
- Geldpolitik 68 f., 108, 110, 197
 Geldwertstabilität 23 f., 52, 68 ff., 77, 105, 107 f., 110, 114, 125, 128 ff., 136 f., 139, 144, 167, 185
 „General Theory“ (Auswahl) 2, 10, 14, 16, 37, 41 ff., 50, 53, 56 f., 77 ff., 82, 86, 176, 179 f.
 gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht 3 f., 7 f., 15, 123 f., 128 ff., 133 ff., 137 ff., 149, 155, 157, 160 ff., 165, 188, 191 f., 196 f., 200, 202
 Gesetzesmaterialien 14, 18 f., 198
 Gesetzgebungskompetenz 122, 141
 Globalsteuerung 2, 12, 15, 17, 102, 134, 171 ff., 178 ff., 182, 186 f., 194
 Godesberger Programm 64
 „Goldene Regel“ 7, 187
 Großbritannien 40, 46 f., 57, 113, 120, 180
 Große Koalition 1, 17, 20, 145 ff., 151 ff., 160, 166 f., 176, 183 ff., 190
 Grundgesetz
 – (Art. 109) 3 f., 8, 25, 28 f., 107, 120, 122 ff., 126, 128, 135, 138 ff., 162, 164, 182, 188, 198
 – (Art. 110) 3 ff., 22 f., 29 f., 72 f., 87, 92, 102, 120, 139, 166, 175, 197 f.
 – (Art. 111) 31
 – (Art. 112) 30 f., 139 f.
 – (Art. 115) 3 f., 6 ff., 22, 31, 36 ff., 101, 153, 165, 181, 187 f., 198
 – Entstehung, *siehe* Parlamentarischer Rat
- Haushalt, außerordentlicher/ordentlicher 31 f., 67, 70 f., 87 f., 197, 199
 Haushaltsgesetz 7, 18 f., 22, 72, 93, 191
 Haushaltsgrundsätze
 – Gesamtdeckung 70
 – Haushaltsausgleich 3, 6, 22 f., 25, 27, 29 f., 38 f., 49, 71 ff., 82 f., 86 ff., 92, 99, 102, 109, 117, 140, 152, 166, 197 ff.
 – Jährlichkeit 3, 30, 38 f., 71, 73 ff., 78, 86, 88 f., 92, 108 f., 123
 – Trennung 29, 32, 70 f., 87, 122, 197
 Haushaltsplan 4, 7, 22, 29 f., 38, 69, 72 f., 78, 80, 83, 87 f., 123, 139, 143
- Ideengeschichte 12, 14 ff., 19, 49, 176
 „Importierte Inflation“ 69
 Inflation, *siehe* Geldwertstabilität
 Institut für Weltwirtschaft 20, 47, 64, 75, 106
- Jahreswirtschaftsbericht 112, 123 f., 126 f., 134, 141 f., 146, 154 ff., 161
 „Julius-Turm“ 68, 71, 193
 Justiziabilität 5, 134, 145, 162, 185, 190 f., 195, 201
- Keynesianismus
 – Begriff 11, 19, 176
 – „Keynesian Revolution“ 39 f., 50, 57, 74 ff., 81, 186
 – „Keynesianischer Konsens“ 54, 185
 – Rezeption (Auswahl) 13, 24, 37, 40 ff., 45, 53 ff., 74 ff., 84 ff., 175 ff., 185 f., 192, 195
 „Kieler Gruppe“ 47
- Konjunktur-
 – ausgleichsrücklage 125, 133, 196
 – phänomen 2, 65, 97 f., 188
 – programme 11, 98, 185
 – rat 95, 132, 134, 162
 – steuerung 3 f., 7, 12, 23, 31 ff., 37, 73, 96, 101, 108 f., 111, 115, 127, 149, 159, 162, 171, 176, 183
 – überhitzung 69, 93, 99, 112, 123, 170, 183
- Konzertierte Aktion 134, 172
 Kreditfinanzierung 3 f., 6, 9, 11, 15, 21 ff., 37, 67, 96, 169 f., 176, 200
 Kreditfinanzierungsgesetz 153
 Kreditplafondierung 146, 161
 Kriegswirtschaft 47 ff., 53, 61, 79
- „Laissez-faire“ 3, 42, 52 f., 63, 179
 Lautenbach-Plan 47
 Londoner Schuldenabkommen 67

- „magisches Viereck“ 4 f., 15, 52, 65, 95 ff., 105 f., 129, 135 f., 149, 155, 167, 180, 195, 197
- „Magna-Charta“ 5, 54, 171, 189
- Makroökonomie 42, 44 f., 78, 92, 104
- Marktwirtschaft 4, 15, 60, 133, 136, 156
- Monetarismus 8, 172, 189, 196
- Motive des Gesetzgebers, *siehe* Gesetzesmaterialien
- Multiplikatoreffekt 43 f., 48, 82
- Nachtragshaushalt 30, 139
- Nationalsozialismus 45 ff., 52, 62, 74, 79, 92, 175, 181
- Neoklassischer Synthese 41 f., 55, 85
- Neoliberalismus 61
- New Deal 5, 48 ff., 53 f., 57, 64, 79 f., 85, 190
- „New Economics“ 56, 63
- Ölpreiskrise 173, 189
- Ordnungspolitik 62 f.
- Ordoliberalismus 2, 13, 52, 59 ff., 131, 175, 177 f.
- Parlamentarischer Rat 25 ff., 107, 181
- Phillips-Kurve 180
- Planification 103 f., 135
- Planung 63 ff., 103 f., 113 ff., 123 f., 134, 182, 193 f.
- Prozesspolitik 5, 102, 171, 182
- Public-Choice-Theorie 196
- Reichshaushaltsordnung, 6, 39, 70, 72, 87, 119, 122, 183
- Rezession 37, 57, 66, 100 f., 109 f., 112, 146 f., 149, 152, 162 ff., 170 f., 177, 184, 189, 193, 202
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 75, 104 ff., 112, 126 f., 132 ff., 142 f., 148 f., 152, 171, 182
- Schuldenbremse 4, 14, 188, 202
- Soziale Marktwirtschaft
- Entstehung 65 ff.
 - Zweite Phase 65, 163, 186
- Sozialismus 52, 60, 62 f., 66
- Sozialstaat 8, 115 ff., 122, 173, 185, 190
- Soziologie 84, 118
- Staatsverschuldung 6, 9 ff., 18 f., 35, 40, 57, 67 ff., 72, 78, 81, 170, 173, 186, 187 ff., 192, 195 ff., 199 f.
- Stabilitätsgesetz 12, 104, 113, 124, 127, 132, 138 f., 145 ff., 161 ff., 166, 179, 182 f., 185 ff.
- Stabilitätsrat 202
- Steuern 6, 26 ff., 34 f., 38, 49, 78, 81, 83, 88, 109, 112 f., 117 ff., 130, 147, 159, 169 f., 172, 177, 182, 197, 200
- Troeger-Kommission 108, 113, 119 ff., 126, 128, 130, 132, 148, 176, 182 ff., 194
- Verein für Socialpolitik 66, 74 ff., 118
- Vereinigte Staaten von Amerika
- als Besatzungsmacht, *siehe* Alliierte
 - Employment Act of 1946, *siehe* dort
 - Fiscal Policy, *siehe* dort
- Verfassungskonvent von Herrenchiemsee 26 ff., 36, 120
- volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 44, 94 f., 98, 138, 142, 156
- Vollbeschäftigung 15, 24, 34, 44, 48, 52 ff., 77 f., 80, 110, 114, 121, 127, 153, 188
- Währungsreform 21 f., 127
- Weimarer Reichsverfassung 25, 29, 31 f., 36, 38
- Weimarer Republik 45, 70, 181, 199
- Weltwirtschaftskrise 3, 6, 40, 47 f., 51, 53, 61, 79, 127
- Wiederaufbau in Deutschland 66
- Wirtschaftsverfassung 21, 115, 167, 194
- Wirtschaftswachstum 4, 6, 9, 26, 37, 52, 54, 65 ff., 93, 104, 111, 127, 129 ff., 137, 144, 152 f., 155 f., 170 ff., 183
- Wissenschaftlicher Beirat beim BMF 17, 72, 75, 78, 81 f., 96 ff., 106, 124, 129 ff., 167, 175 f., 181
- Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi 2, 17, 23, 62, 64 f., 75, 77, 81, 96 ff., 104 ff., 124, 127, 129 ff., 167, 170, 175 f., 181, 188
- Wohlfahrtsstaat 9, 11, 53, 64